



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/77

30. Juni 1948

## Die Stärke der SPD

F.R. Die Tagung der leitenden Körperschaften der SPD in Hamburg während der letzten Juni-Tage war von der unmittelbaren Bedrohung Berlins beherrscht und von den Gefahren, die sich nicht allein für Berlin, sondern in unlösbarer Verbindung damit für alle freiheitlichen und demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa ergaben. Zu Beginn dieser Woche waren die Nachrichten höchst beunruhigend, ermutigend aber war die Sicherheit, mit der man in der westlichen Welt begriff, wie sehr für die gesamte Weiterentwicklung alles darauf ankommt, dass Berlin gehalten wird.

Es ist nicht Ausdruck einer besonderen Überheblichkeit, sondern einfache Tatsache, dass im Kampf um die Erhaltung eines wahrhaft demokratischen Berlins die Sozialdemokratie führend gewesen ist und noch ist. Die Hamburger Tagung hat gezeigt, dass auch die solidarische Unterstützung Berlins durch den Westen von der Sozialdemokratie getragen werden soll, als der Partei mit der lebendigsten und geschlossenen Verbindung nach Berlin. Buchstäblich alles wurde getan worden, um die Berliner in ihrem politischen Kampf zu unterstützen. Es sind Franz Neumann von massgebender westalliierten Seite Zusicherungen gegeben worden, dass unter allen Umständen ein Weg gefunden wird, um die in den Westzonen für Berlin gesammelten Lebensmittel auch an den Bestimmungsort zu bringen. Es ist gleichzeitig mit der Ankündigung einer grossen Kundgebungswelle in ganz westdeutschland direkte Fühlung mit den massgebendsten Stellen der westalliierten, mit den sozialistischen Bruderparteien, den Gewerkschaften, der UNO und anderen Einrichtungen aufgenommen worden.

Diese Tage in Hamburg waren erfüllt von der äussersten Entschlossenheit der SPD, in der kritischen Stunde nichts zu versäumen, um dem drohenden Anprall der neuen totalitären Sturzwellen ein festes Bollwerk entgegenzusetzen. Die Dinge, die hier geschehen müssen, haben nichts mit ästhetischer, nationalistischer Empörung zu tun. Sie sind die absolut unrisikolose Notwendigkeit der Selbstachtung und Selbsterhaltung - für ganz Deutschland und für ganz Europa. Man kann der Ansicht sein, dass die aussergewöhnlichen Gefahren, die vorstehend sind, auch eine entsprechend grosse Chance ausschliessen: die Möglichkeit nämlich, in dieser erhöhten Bedrängnis neue Impulse für die politische Arbeit zu gewinnen. Die Berliner Krise muss der Ausgangspunkt für eine bessere und klarere politische Vorstellungswelt in ganz Deutschland sein. Die SPD wird diese Entwicklung führend tragen.

Sie wird es auch in anderer Beziehung sein müssen, und zwar vor allem in der Frage des Westenausgleichs.

Diese Frage hat in Hamburg zunächst nur intern, in diesem Rahmen aber eine sehr bedeutsame Rolle gespielt. Die grundsätzlichen politischen Vorstellungen dazu sind weitgehend bekannt. Gegenwärtig gilt die Arbeit der technischen Durchberatung im einzelnen. Man ist sich an maßgebender Stelle der Partei darüber klar und einig, dass dieser Lastenausgleich kein wirtschaftliches und soziales Stückwerk bleiben darf. Jetzt muss Farbe bekannt werden - das ist die Grundstimmung, die in dieser Frage herrscht. Auf diesen Lastenausgleich warten die Vertriebenen, Ausgebombten und neuen Wandertausende von durch die Währungsreform Geschädigten. Der Lastenausgleich ist die Notwendigkeit zu einer völligen sozialen Neuordnung in Deutschland. Wir dürfen uns nicht der Tatsache verschließen, dass die Grundlagen dieser sozialen Ordnung völlig aufgelöst worden sind durch Krieg, Nachkriegszeit und Währungsreform. Man muss dabei sehr argwöhnisch gegenüber Argumenten sein, die mit angeblichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten arbeiten, ohne sie wirklich überzeugend zu beweisen. Erfassung der Sachwerte durch Vermögensabgabe, Zahlung von Renten an Arbeitsunfähige und von Pauschalbeträgen zur Wiederbeschaffung von Hausrat, Finanzierung von Siedlungen und gewerblichen Unternehmungen, soweit Anspruchsberechtigte entsprechende Möglichkeiten haben, Kredite und Zuschüsse an die öffentliche Hand für Zwecke des Wiederaufbaus; das alles werden besonders wichtige Gesichtspunkte sein, mit denen man sich auseinandersetzen muss.

Die vorgelagten Entschliessungen in Hamburg wurden einstimmig gebilligt. Abstimmungsergebnisse sagen viel, wenn auch nicht alles über die Geschlossenheit einer Partei, eines Parlamentes oder irgendeiner demokratischen Körperschaft aus. Das richtige Bild ergeben aber erst Art und Weise der Diskussion und die Form, in der man den Übergang von ihr zum Beschlusse findet. Die Hamburger Tage haben gerade unter diesem Gesichtspunkt gezeigt, dass die SPD eine wahrhaft einheitliche politische Willenspotenz ist, deren Kraft umso grösser ist, als diese ihre Einheitlichkeit nicht formal und künstlich ist, sondern sich als erarbeitetes Gesamtergebnis mancher divergierender Auffassung in Einzelfragen darstellt.

Die ziffermässige Grösse einer überragenden Partei und gleichzeitige maximale Geschlossenheit aber besitzt unter den deutschen Parteien, die diesen Namen verdienen, nur die SPD. Das ist ihre besondere Stärke, daraus erwächst ihr auch ihre besondere Verpflichtung, sich nicht auf Dinge einzulassen, die diese Stärke vermindern könnten. Denn die Stärke der SPD ist auch das wertvollste Kapital der gesamten deutschen Innenpolitik. (t/ tt/306/2/hs)

#### Dr. Schumacher wird in Düsseldorf sprechen

sp. Für das politische Hauptreferat auf dem Parteitag der SPD vom 11. bis 14. September in Düsseldorf ist nach der offiziell bekanntgegebenen vorläufigen Tagesordnung Dr. Kurt Schumacher vorgesehen. Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, erklärte in Hamburg, dass es sich bei dieser Nominierung um den Ausdruck der festen Überzeugung handelt, dass Dr. Kurt Schumachers Gesundheit bis zu diesem Zeitpunkt soweit wieder hergestellt sein wird, dass er diese Aufgabe übernehmen kann. Ollenhauer sagte wörtlich: "Es hat uns noch nicht eine einzige Minute gekostet, die Frage einer Nachfolgerschaft Dr. Schumachers überhaupt zu behandeln. Warum? Weil wir der festen Ansicht sind, dass er in absehbarer Zeit wieder aktiv am politischen Leben teilnehmen wird." (t-1/-t/2/306/hs)

Die Hamburger EntschlieBung über:

Die SPD und die Londoner Abmachungen

Alle bisherigen Versuche, Deutschland auf dem Wege der Verständigung aller vier Besatzungsmächte zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammenzufügen, sind wesentlich am Verhalten der Sowjetregierung gescheitert. Aus dieser Lage ergaben sich die Londoner Abmachungen über die einheitliche wirtschaftliche und politische Verwaltung der drei Westzonen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bedauert, daß die Londoner Konferenz ihre Beschlüsse ohne Anhören und Mitwirkung deutscher Vertreter gefaßt hat. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei den beteiligten Mächten. Eine endgültige Stellungnahme wird erst möglich sein, nachdem das Abkommen in seiner Gesamtheit bekannt geworden ist.

Für die deutsche Sozialdemokratie ist und bleibt die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands das Ziel ihrer Politik. Die durch die Londoner Abmachungen angestrebten Einrichtungen haben den Zweck, die Form der Besatzungsherrschaft den veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie stellen die Souveränität des deutschen Volkes nicht wieder her und sind darum nur ein weiteres Provisorium. Eine Überwindung des Provisoriums wird nur durch einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland erreicht werden können. Eine befriedigende Lösung wird er nur darstellen können, wenn er den Geist der Atlantic-Charta respektiert und die gleichberechtigte Mitarbeit eines demokratischen Deutschlands in den europäischen und internationalen Körperschaften ermöglicht. Mit dieser Gleichberechtigung sind Beschränkungen der deutschen Verfassungshoheit unvereinbar. Die Sozialdemokratische Partei wehrt sich gegen den Versuch, Deutschland staatsrechtliche Konstruktionen aufzuzwingen. Die Erweiterung und Zusammenfassung der deutschen Befugnisse auf der jeweils höchsten erreichbaren territorialen Stufe ist eine Notwendigkeit. Aus diesen Gründe bejaht die Sozialdemokratie die Schaffung einer einheitlichen und effektiven Verwaltung in den drei Westzonen. Darum tritt sie auch dafür ein, daß die Besatzungsmächte baldige allgemeine und direkte Wahlen zu einem provisorischen Parlament ermöglichen. Dieses sollte sowohl ein Verwaltungsstatut für die westlichen Besatzungszonen schaffen, als auch die normalen Funktionen einer demokratischen Volksvertretung übernehmen. Voraussetzung hierfür ist der vorherige Erlass eines Besatzungsstatutes. Dieses muß für die Zeit bis zur Herstellung des Friedenszustandes für alle drei Zonen eine eindeutige rechtliche Grundlage für die selbständige administrative Organisation Deutschlands, die Ausübung der Besatzungsherrschaft und die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und den Deutschen schaffen. Es sollte außerdem den Deutschen die volle Selbstverwaltung in allen ihren eigenen Angelegenheiten geben und die Befugnisse der Besatzungsmächte auf Kontrolle beschränken. Das Gelingen der Neuregelung im Westen wird in hohem Maße davon abhängen, daß Berlin als Vorposten der Demokratie und der

deutscher Einheit erhalten bleibt. Die neue Verwaltung für die Westzonen muß daran so geregelt werden, daß Berlin in geeigneter Form einbezogen werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei tritt für eine internationale Lenkung der europäischen Grundstoffindustrien ein. Sie erkennt internationale Kontrollmaßnahmen an, die tatsächlich der Verhinderung einer deutschen Kriegsproduktion dienen. Sie bedauert, daß in der für die Verteilung der Ruhrproduktion vorgesehenen internationalen Kontrollkommission die Deutschen, von deren Leistung und Arbeitsfreudigkeit die Entwicklung der Ruhrproduktion entscheidend abhängt, nur mit einer Minderheit beteiligt werden. Die deutsche Mitarbeit an dieser Kontrollkommission wird nur möglich sein, wenn sich erweist, daß diese Kommission die Entscheidungsfreiheit der Deutschen über die zukünftigen Besitzverhältnisse an Rohstoffen und Produktionsstätten nicht beeinträchtigt und daß sie dem deutschen Volk eine, seinen Lebensinteressen gerecht werdende Wirtschaftspolitik ermöglicht.

(m/1/296/as)

#### Die Hamburger Entscheidung

zu Berlin!

Rettet Berlin!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands grüßt die Berliner in der entscheidenden Phase ihrer demokratischen Selbstbehauptung. Alle deutschen Sozialdemokraten verfolgen mit Sympathie und Bewunderung den heldenhaften Abwehrkampf, der seit mehr als drei Jahren auf Berliner Böden geführt wird.

Der Parteivorstand hält es für seine Pflicht, den Ernst der gegenwärtigen Lage vor aller Welt klar herauszustellen. Die russische Besatzungsmacht hat Berlin isoliert und seine Versorgung mit Lebensmitteln, Kohle und Elektrizität abgeschnitten. Selbst den Kleinkindern, stillenden Müttern und Kranken hat man Milch und Medikamente gesperrt. Mit diesen skrupellosen Mitteln soll Berlin für eine kommunistische "Machtergreifung" nach Prager Muster reif gemacht werden. Die Aushungerung muß verhindert werden!

Der Parteivorstand fordert alle Bezirksorganisationen auf, Solidaritätskundgebungen für Berlin durchzuführen. Die Gemeindeparlamente, Landtage und Landesregierungen werden aufgefordert, die Verbundenheit aller deutscher Landesteile mit der abgeschnittenen und bedrängten Hauptstadt eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die Bevölkerung der Westzonen wird trotz eigener Schwierigkeiten bereit sein, auf eine Tagesration inner Lebensmittel zu verzichten und sie mit deutschen Transportmitteln nach Berlin zu bringen, sobald die Verkehrsperre aufgehoben wird.

Aus der aktiven Mithilfe der Kommunisten an den Berliner Terrormaßnahmen müssen auch in den Westzonen die politischen Konsequenzen gezogen werden. Wir sagen jenen Besatzungsmächten an, die Berliner Kinder mit dem Hungertode bedrohen und sozialdemokratische Abgeordnete nach Nazimanner überfallen.

Im Kampf um Berlin fällt die Entscheidung über die deutsche und europäische Demokratie. Die Westmächte haben wiederholt feierlich erklärt, daß sie Berlin nicht verlassen. Der Parteivorstand appelliert an die sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und demokratischen Kräfte in aller Welt, dafür zu sorgen, daß dem freiheitlichen Berlin unverzüglich Hilfe gebracht wird. Ein Rückfall in die Politik von München darf nicht zugelassen werden. Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit darf nicht gelingen.

Die Berliner Krise kann zu einer ernstesten Gefährdung des Friedens führen. Die UNO kann sich einer Stellungnahme zu der vorhandenen Bedrohung des Friedens und der Humanität nicht entziehen, ohne ihrer Aufgabe untreu zu werden. Aber die Verantwortlichkeit und die Rechte der alliierten Besatzungsmächte bleiben bestehen.

Befreit die Berliner aus Furcht und Not! Rettet das freiheitliche Berlin!  
(m/1/296/2/hs)

-----  
Berlin, Westdeutschland, Wahlrecht, Parteitag  
-----

Die Beratungen des Parteivorstandes und Parteiausschusses der SPD  
in Hamburg

Hamburg, 30. Juni 1948

Parteivorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tagten vom 28. bis 30. Juni in Hamburg. Anwesend waren ausserdem die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Länder und Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat. Vorübergehend wohnte den Verhandlungen der Gouverneur von Hamburg, Mc. Barry, bei. Als Gäste waren erschienen der englische Labour-Abgeordnete Allan Flanders und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gerhard Seger, Chefredakteur der "Neuen Volkszeitung" in New York. Vor dem Beginn der Beratungen hatten sich der verfassungspolitische und der aussenpolitische Ausschuss zu einer Sitzung zusammengefunden. Am Montag nachmittag und am Dienstag vormittag hielt der Parteivorstand eine Sitzung ab, am Dienstag und Mittwoch folgten gemeinsame Beratungen von Vorstand und Ausschuss.

Vier Themen standen im Vordergrund der Überlegungen und Diskussionen: die gefährliche Zuspitzung der Lage in Berlin, die Einstellung der SPD zu den Londoner Empfehlungen über den Aufbau einer provisorischen Neuordnung in Westdeutschland, die Frage des Wahlrechts und der kommende Parteitag in Düsseldorf. Das politische Hauptreferat hielt der stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenhauer.

Aus Berlin waren Franz Neumann, Jeanette Wolff und Willi Brand erschienen. Franz Neumann berichtete unter grosser Erregung der Versammlung über die brutalen Terrormassnahmen der SED-Funktionäre in Berlin und über die Massnahmen der russischen Besatzungsmacht, die auf eine Aushungerung von zwei Millionen Berliner hinauslaufen. Die Stellung der leitenden Parteikörperschaften zu diesem Tatbestand wurde in

einer Entschliessung festgelegt, die einstimmig angenommen wurde. Es wurde weiter beschlossen, Franz Neumann, Willi Eichler und Fritz Heine möglichst bald nach London zu entsenden zu Verhandlungen mit Vertretern der Labour Party über die Notwendigkeit einer umfassenden und schnellen Hilfe für Berlin.

Auch die Haltung des Parteivorstandes zu den Londoner Empfehlungen wurde nach eingehender Diskussion vom Parteiausschuss einstimmig gebilligt, ebenso wie eine Entschliessung über die Notwendigkeit der Einstellung der Demontage. Zur Frage des künftigen Wahlrechts referierte Dr. Walter Menzel. Der Gegenstand führte zu einer Auseinandersetzung über die zweckmässigste Form eines künftigen Wahlsystems. Ein endgültiger Beschluss war nicht beabsichtigt und wurde nicht gefasst. Als Grundlage für das Verhalten der Partei bei der nächsten Wahl liegt ein Vorstandsbeschluss vor, der in seinem provisorischen Charakter vom Parteiausschuss angenommen wurde. Nach den Beschlüssen dieser gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Parteiausschuss wird der Parteitag in Düsseldorf in der Zeit vom 11. bis 14. September stattfinden. Es sind zwei Hauptreferate vorgesehen: Dr. Kurt Schumacher wird über "Die Sozialdemokratie im Kampf um Freiheit und Sozialismus", der ehemalige Wirtschaftsminister von Bayern, Dr. Rudolf Zorn, über "Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe" sprechen. Dem Parteitag wird eine Frauenkonferenz vorangehen, die vom 7. bis 9. September in Wuppertal stattfindet.

Über das brennende Problem des Lastenausgleichs berichtete Herbert Kriedemann in der Vorstandssitzung am Montag. Die grundsätzlichen politischen Vorstellungen in dieser Frage sind weitgehend in dem Sinne geklärt, dass der Lastenausgleich als der Beginn einer gründlichen und vollkommenen sozialen Neuordnung zu betrachten und zu behandeln ist. Gegenwärtig arbeitet man an der Durchberatung der technischen Einzelheiten. Scharfe Kritik wurde an der Tatsache geübt, dass mit der Währungsreform grösste Mengen gehorteter Waren zur Verschuttung kamen und an der nach sozialdemokratischer Auffassung viel zu weit gehenden Freigabepraxis des Wirtschaftsministers Eckardt.

#### Demontage-Stop geordert

Die Entschliessung zur Demontage hat folgenden Wortlaut:  
Der europäische Wiederaufbauplan und die Londoner Abmachungen erstreben die Wiedereingliederung Deutschlands in das europäische Wirtschaftsleben. Dieses Bestreben ist unvereinbar mit der Fortsetzung der Demontage von Produktionsstätten und Produktionsmitteln, die der Friedenswirtschaft dienen oder für den Aufbau einer leistungsfähigen Friedenswirtschaft unerlässlich sind. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher erneut die sofortige Einstellung dieser Demontagen.

Verantwortlich: Peter Raunau